

Andreas Hilger / Mike Schmeitzner /  
Clemens Vollnhals (Hg.)

# Sowjetisierung oder Neutralität?

Optionen sowjetischer Besatzungspolitik  
in Deutschland und Österreich 1945–1955



Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e.V. an der  
Technischen Universität Dresden

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts  
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Gerhard Besier

Band 32

Vandenhoeck & Ruprecht

# Sowjetisierung oder Neutralität?

Optionen sowjetischer Besatzungspolitik  
in Deutschland und Österreich  
1945–1955

Herausgegeben von  
Andreas Hilger, Mike Schmeitzner  
und Clemens Vollnhals

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 10: 3-525-36906-9  
ISBN 13: 978-3-525-36906-7

Umschlagabbildung:

Potsdam. Neuer Garten. Cecilienhof.  
Potsdamer Konferenz. Stalin, Attlee und Truman im Konferenzsaal.  
Aufnahme: DEFA Dokumentarfilm © Stiftung Preussische Schlösser  
und Gärten Berlin-Brandenburg

© 2006, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / [www.v-r.de](http://www.v-r.de)  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch  
seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich  
zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für  
Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden  
Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen  
ISBN Print: 9783525369067 — ISBN E-Book: 9783647369068

# Inhalt

Einleitung	9
I. Sowjetische Politik im Zweiten Weltkrieg	23
Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941–1945 <i>Aleksej Filitov</i>	25
Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik <i>Manfred Mugrauer</i>	41
Kader aus dem Exil. Vorbereitungen der KPD auf eine antifaschistische Nachkriegszeit <i>Jörg Morré</i>	77
II. Besatzungsmacht UdSSR	95
Organisation der sowjetischen Besatzung in Deutschland und Auswirkungen von kompetenzieller Diffusion auf die Rekonstruktion der Besatzungspolitik <i>Jan Foitzik</i>	97
Die Struktur des sowjetischen Besatzungsapparates in Österreich 1945–1955 <i>Wolfgang Mueller</i>	117
Von Banden und Klassenfeinden: Stalins Tschekisten in Deutschland 1945–1955 <i>Andreas Hilger</i>	143
„Wir mussten hinter eine sehr lange Liste von Namen einfach das Wort ‚verschwunden‘ schreiben.“ Sowjetische Strafjustiz in Österreich 1945–1955 <i>Harald Knoll/Barbara Stelzl-Marx</i>	169

III. Besatzungspolitik	221
Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der sowjetischen Besatzungszone <i>Clemens Vollnhals</i>	223
Zur Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich (am Beispiel Niederösterreichs) <i>Klaus-Dieter Mulley</i>	249
„Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, sondern sie will Staatspartei sein.“ Die KPD/SED und das politische System der SBZ/DDR (1944–1950) <i>Mike Schmeitzner</i>	271
Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955 <i>Wolfgang Mueller</i>	313
Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1949 <i>Nikita Petrov</i>	341
Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung <i>Gerhard Jagschitz</i>	367
Von der wirtschaftlichen Entwaffnung zur zentralen Wirtschaftsplanung. Zur Wirtschaftspolitik in der SBZ zwischen 1945 und 1949 <i>Burghard Ciesla</i>	417
Die sowjetische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1955 <i>Otto Klambauer</i>	435
IV. Ergebnisse sowjetischer Besatzungspolitik	451
Von fehlender Öffentlichkeit. Alltagserfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland <i>Rainer Behring</i>	453

„Russenkinder“ und „Sowjetbräute“. Besatzererfahrungen in Österreich 1945–1955 <i>Barbara Stelzl-Marx</i>	479
Die UdSSR und der alliierte Kontrollmechanismus für Deutschland 1943–1948 <i>Jochen Laufer</i>	509
Sowjetische Österreichpolitik 1945–1955: Der Weg zum Staatsvertrag <i>Rolf Steininger</i>	537
V. Anhang	555
Karten	556
Abkürzungsverzeichnis	559
Personenregister	565
Autorenverzeichnis	573





# Einleitung

## I.

„An enigma wrapped in a riddle“ – rätselhaft und undurchschaubar, so charakterisierte bereits Englands Kriegspremier Winston Churchill die Politik seines östlichen Verbündeten Josef Stalin während des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler-Deutschland. Nach 1945 war es dann die Besatzungspolitik der UdSSR, die für Deutsche und Österreicher, aber auch für die westlichen Verbündeten ähnlich undurchschaubar blieb.<sup>1</sup> Die Kernfrage nach dem Wechselverhältnis lokaler Kräfte und der Moskauer Prägung ist im Grunde bis auf den heutigen Tag ungeklärt. Hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945 zeigen die Diskussionen etwa um die Position Wilfried Loths oder um die Stringenz der Moskauer Planungen der Exil-KPD und deren Umsetzung innerhalb der SBZ immer noch vorhandene Unterschiede in der Betrachtung. Das hat natürlich auch mit der Quellenlage zu tun, die sich mit der partiellen Öffnung der Moskauer Archive zwar deutlich verbesserte, aber doch nicht zu einem durchgreifenden Umbruch führte oder führen konnte; diese Ernüchterung ist zum Teil auf die Nutzungsbedingungen in der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen.

Trotz aller Widrigkeiten kam es nach 1989/90 zu einer regelrechten Explosion des Interesses für die Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR.<sup>2</sup> Mit Blick auf Österreich setzten entsprechende Forschungen erst später ein, haben indes in den letzten Jahren deutlich aufgeholt. Die stärkere Zurückhaltung resultierte sicherlich auch daraus, dass die Österreichpolitik der UdSSR nach 1955 zwangsläufig an weltpolitischer Brisanz verloren hatte.<sup>3</sup>

- 1 Vgl. zu österreichischen Befürchtungen über eine Teilung des Landes: Bruno Kreisky, *Zwischen den Stühlen. Der Memoiren erster Teil*. Hg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt, überarbeitete Neuausgabe Wien 2000, S. 457 f.; Günter Bischof, *Making of the Austrian treaty and the road to Geneva*. In: Günter Bischof und Saki Dockrill (Hg.), *Cold war respite. The Geneva summit of 1955*, Baton Rouge 2000, S. 117–160, hier 141.
- 2 Vgl. hier zusammenfassend mit weiteren Hinweisen: *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*. Hg. von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert, Paderborn 2003; Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR, Darmstadt 2002*; Catherine Epstein, *East Germany and its history since 1989*. In: *JMH*, 75 (2003), S. 634–661.
- 3 Vgl. Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955. Forschungsstand, Quellenlage und Fragestellungen*. In: *Zeitgeschichte*, (2001), Nr. 2, S. 114–129; Oliver Rathkolb, *Sonderfall Österreich? Ein peripherer Kleinstaat in der sow-*

National ausgerichtete Historiographien laufen generell Gefahr, eigene Entwicklungen als unausweichlich und alternativlos zu verabsolutieren. Trotzdem steckt eine komparative Erforschung sowjetischer Besatzungspolitik nach 1945 – die sich schließlich um die Komponente der Sowjetisierung des Baltikums oder auch hinsichtlich des sowjetischen Vorgehens in Asien erweitern ließe – noch in den Anfängen, und die relevanten Bezugspunkte sind noch nicht wirklich ausgelotet.<sup>4</sup>

Überraschenderweise hat die Forschung in großen Teilen selbst auf den an sich nahe liegenden Vergleich der deutschen und österreichischen Besatzungsgebiete verzichtet, obwohl zeitgenössische Politiker und Beobachter aus Ost und West tatsächliche oder auch nur potentielle Zusammenhänge deutlich zur Sprache gebracht hatten.<sup>5</sup> Schon die parallelen Jubiläen, die in Österreich und Deutschland 2005 begangen wurden – 60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag bzw. Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen – verweisen auf geteilte Grundvoraussetzungen und Erfahrungen beider Länder: Zu nennen ist hier der verlorene Krieg, der indes diametral entgegengesetzten Bewertungen unterlag, und die vierfache Besatzung selbst. In ihrer Besatzungspolitik griff die UdSSR schließlich in Österreich wie in Deutschland trotz unterschiedlicher Machtkonstellationen mitunter auf ähnliche Instrumente und Maßnahmen zu-

jetischen Nachkriegsstrategie 1945–1947. In: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.), Gleichschaltung unter Stalin. Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002, S. 353–373; James Jay Carafano, *Waltzing into the Cold War*, 2002; Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*, Wien 2005. Zum Selbstverständnis Österreichs u. a. Hella Pick, *Guilty victim: Austria from the Holocaust to Haider*, London 2000.

- 4 Vgl. Norman M. Naimark, *Stalin and Europe in the postwar period, 1945–53: issues and problems*. In: *Journal of Modern European History*, 2 (2004), Nr. 1, S. 28–57; Leonid Gibianskij, *Osteuropa: Sicherheitszone der UdSSR, sowjetisiertes Protektorat des Kreml oder Sozialismus „ohne Diktatur des Proletariats“*. Zu den Diskussionen über Stalins Osteuropa-Politik am Ende des Zweiten Weltkrieges und am Anfang des Kalten Krieges: Frage der Quellen und ihrer adäquaten Interpretation. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 8 (2004), Nr. 2, S. 113–137; Norman Naimark/Leonid Gibianski (Hg.), *The Establishment of Communist regimes in Eastern Europe 1944–1949*, Oxford 1997; Tat'jana V. Volokitina, Galina P. Muraško, Al'bina F. Noskova und Tat'jana A. Pokivajlova, *Moskva i vostočnaja Evropa. Stanovlenie političeskich režimov sovetskogo tipa (1949–1953)*. Očerki istorii, Moskau 2002; Donal O'Sullivan, *Stalins „Cordon Sanitaire“*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003; Peter Ruggenthaler, *Warum Österreich nicht sowjetisiert werden sollte*. In: Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge, Graz 2005, S. 61–87, sowie ders., *Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55*. Ebd., S. 649–726; Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, *Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* Jg. 2005, Berlin 2005, S. 102–140; Wolfgang Mueller, *Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955*. In: ebd., S. 141–170.
- 5 Vgl. hier jetzt Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln 2000.

rück: Hier ist etwa die Errichtung sowjetischer Aktiengesellschaften oder die Tätigkeit sowjetischer Repressionsapparate zu erwähnen. Schließlich wurde die Anwesenheit gerade der sowjetischen Besatzer in beiden Ländern von der überwiegenden Mehrheit der einheimischen Bevölkerung als drückende Last empfunden.<sup>6</sup> Bekanntermaßen konnte Österreich seine staatliche Souveränität bewahren und erreichte 1955 den Abzug *aller* Besatzungstruppen, während Moskau im selben Jahr seine These von der Existenz zweier deutscher Staaten endgültig zementierte. Damit stellt sich erneut vorrangig die Frage nach fundamentalen Unterschieden in der Besatzungssituation, ohne dass Wechselwirkungen zwischen den beiden Entwicklungen aus dem Auge verloren werden dürfen.

Von Bedeutung waren hier natürlich die völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen sowjetischer Besatzung. Sieht man von der strategischen Randlage Österreichs ab, so bestand die wichtigste Differenz in der staatsrechtlichen Frage und den damit verbundenen alliierten Vorgaben. Die Tatsache, dass Österreich bis 1938 ein souveräner Staat gewesen war, wirkte sich auch auf die alliierten Kriegszielplanungen aus. Die Alliierten einigten sich schon vor Kriegsende (1943) darauf, Österreich als Staat unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation des „Großdeutschen Reiches“ wiederherzustellen. Damit wurde zum einen der These, wonach Österreich erstes Opfer Hitlers gewesen sei, Rechnung getragen, vor allem aber wurde die Wiedergeburt Österreichs gerade von der Sowjetunion als wichtiger Beitrag zur effektiven Schwächung Deutschlands verstanden.

Auch vor diesem außenpolitischen Hintergrund mochte die sowjetische Besatzungsmacht einer österreichischen Nationalregierung unter dem Alt-Sozialdemokraten Karl Renner bereits im Frühjahr 1945 keine Steine in den Weg legen; die Westalliierten konnten sich erst im Herbst 1945 zu einer Anerkennung durchringen. Sie sahen offenbar zunächst die innenpolitische Gefahr, dass der Sozialdemokrat Renner einer von Moskau aus angeleiteten und umfassend geförderten KPÖ keinen entscheidenden Widerstand würde leisten können.<sup>7</sup> Damit hatte der Westen Stalins Gedankengänge wohl durchschaut. Doch in den Nationalratswahlen von November 1945 offenbarte sich das ganze Ausmaß sowjetischer Fehlkalkulationen. Das Wahlergebnis schob einer politischen Beeinflussung durch Moskau einen weiteren Riegel vor und marginalisierte die

6 Vgl. dazu z. B. das Bildmaterial in: Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 482, und Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001, S. 222 f.

7 Renner hatte sich bereits als Staatskanzler 1918/1920 für einen Anschluss an Deutschland ausgesprochen und 1938 dann den nationalsozialistischen Anschluss öffentlich und als einziger führender Politiker der Sozialdemokratie begrüßt. Diese Entscheidung fußte zwar nicht auf einer Adaption nationalsozialistischer Ideologie, aber auf eine konsequente Verfolgung eigener national-deutscher Vorstellungen, die er allerdings nach 1945 zugunsten eines österreichischen Sonderweges korrigierte. Vgl. Anton Pelinka, *Karl Renner zur Einführung*, Hamburg 1989, S. 17–27 und 61–71.

KPÖ geradezu.<sup>8</sup> Ihr gelang es auch in der Folgezeit nicht, in der neuen großen Koalition und Politik Österreichs Einfluss zu erringen.

Da die SPÖ neunmal soviel Stimmen und Mandate erhielt als die KPÖ (ca. 45 zu 5 Prozent), hatte sich auch die sowjetisch-kommunistische Taktik einer gemeinsamen Einheitsfront oder Einheitspartei erledigt. Weder die Führung der SPÖ noch eine Mehrheit der Mitglieder wollten angesichts dieser klaren Mehrheitsverhältnisse mit den Kommunisten noch enger kooperieren. Die gewährte überregionale Einheit des Landes und seiner Parteien schlossen zudem eine Zwangsvereinigung einzelner Parteigliederungen aus.

So bildeten SPÖ und ÖVP nach den November-Wahlen eine große Koalition, in der zuerst noch ein Kommunist vertreten war. Bei den nachfolgenden Wahlen schlugen alle Bestrebungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die KPÖ als eine ernst zu nehmende Kraft aufzubauen und sie durch eine Vereinigung mit einer SPÖ-Linksabspaltung zu stärken, fehl. Eine tatsächliche Spaltung der SPÖ erwies sich als undurchführbar. Deshalb konnten die KPÖ resp. die sowjetische Besatzungsmacht nicht darauf hoffen, dass die österreichischen Kommunisten auf demokratischem oder schein-demokratischem Wege noch an die Macht gelangen würden, zumal kommunistisch inspirierte „Massenorganisationen“ wie eine Einheitsjugend und Einheitsgewerkschaft in Österreich keinen Fuß fassen konnten. Eine umfassende Unterstützung eines bewaffneten Kampfs der KPÖ um die Macht konnte und wollte Stalin sich nicht leisten, und auch die Spaltung des Landes war – entgegen einzelnen Vorstellungen in der KPÖ – keine ernsthaft betriebene Option Moskaus; die sowjetische Führung ließ sich, auch das wird an dieser Position deutlich, in Österreich genauso wenig wie in Deutschland die Politik von den nationalen Parteien oktroyieren.

Die Moskauer Reaktionen auf die österreichischen (und ungarischen) Wahlen von 1945 beschränkten sich natürlich nicht nur auf die Donauländer. Gerade angesichts des spektakulären Wahlausgangs in Österreich schlugen SMAD und KPD Ende 1945 in der SBZ eine andere politische Marschrichtung ein: Statt ebenso frühe Wahlen wie in den Westzonen (z. B. Januar 1946 in der amerikanischen Zone) anzusetzen und damit ein ähnliches Resultat wie in Öster-

8 Die Bedeutung dieser Wahlen hob der österreichische Alt-Bundeskanzler Bruno Kreisky noch in seinen Memoiren ausführlich hervor, wobei er auf die entscheidende Frage nach der Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht zu dem frühen Wahltermin auch keine eindeutige Antwort zu geben vermochte: „Die oft gestellte Frage, warum denn die Russen eine so frühe Wahl zuließen, ist schwer zu beantworten. Sie beherrschten damals de facto ganz Ostösterreich, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt. Offenbar glaubten die Kommunisten, dass es ihnen gelingen würde, ein Viertel der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, das heißt, die Stimmen für die Linke zu spalten, wobei ihnen der Löwenanteil zufallen sollte. Dann wäre für die Sozialdemokraten der Zwang zur ‚Einheitsfront‘ so groß gewesen, dass man Österreich dasselbe Schicksal hätte bereiten können, wie das später in Ostdeutschland und in den osteuropäischen Staaten der Fall war, wo sich die Sozialdemokraten bis auf wenige Ausnahmen zu sogenannten Einheitsparteien zusammengeschlossen haben.“ Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik*. Erfahrungen eines Europäers, Berlin 1991, S. 51.

reich (oder eben in Hessen im Januar 1946) zu riskieren, änderten sie das politische System der SBZ grundlegend. Nach einer groß angelegten Kampagne wurde die SPD in die kommunistische Partei – wenn auch unter anderem Namen (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands / SED) – eingeschmolzen. Erst jetzt, nach Beseitigung der schärfsten Konkurrenz für die kommunistischen Vertreter, war die SMAD bereit, in ihrer Zone Wahlen abzuhalten (Oktober 1946). Und erst dadurch gelang es ihr, aus der SED die neue Staatspartei der SBZ zu schmieden.

Die hier nur skizzierte Entwicklung zählt nach der alliierten Festlegung auf eine Rekonstituierung eines unabhängigen Österreichs mit zu den wichtigsten politischen Interdependenzen sowjetischer Österreich- und Deutschlandpolitik. Der österreichische „Lerneffekt“ führte mit zur Veränderung des politischen Systems in der SBZ und markierte die erste deutsche Teilungszäsur. Derartige Verflechtungen blieben über 1950 hinaus bestehen, wie die Instrumentalisierung der ausstehenden Regelung über Österreich für die Deutschlanddebatten in den 1950er Jahren belegt.

## II.

Solche Überlegungen und ein vorher unternommener erster Abgleich der Aktivitäten „Sowjetischer Militärtribunale“ (SMT) in Deutschland (SBZ) und in Ostösterreich in den Jahren 1945 bis 1955<sup>9</sup> stellten die Basis einer deutsch-österreichisch-russischen Tagung dar, die vom 20. bis 22. November 2003 unter dem Titel „Sowjetisierung oder Neutralität? – Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955“ vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung mit Vertretern des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ, Außenstelle Berlin), des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschungen (ZZF), der Universität Wien, des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, des Ludwig Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgenforschung (Graz), des Moskauer Memorial sowie der Moskauer Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde. Grundsätzliche Anstöße und wichtige thematische Anregungen hatten im Vorfeld der Tagung und über den Herausgeberkreis hinaus die Historiker Rainer Behring (Köln) und Wolfgang Mueller (Wien) gegeben.<sup>10</sup>

- 9 Vgl. Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955*, Köln 2003; darin der Beitrag von Harald Knoll/Barbara Stelzl-Marx, *Österreichische Zivilverurteilte in der Sowjetunion. Ein Überblick*, S. 571–605, unter dem Gliederungspunkt „Regional- und Vergleichsstudien“.
- 10 Behring und Schmeitzner hatten bereits im Vorfeld der Konferenz Überlegungen zu einem deutsch-österreichischen Vergleich angestellt. Vgl. Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.), *Einleitung*. In: *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln 2003, S. 7–24, hier 14.

Ziel der Tagung<sup>11</sup> war es, nach einer einleitenden Darstellung der internationalen Rahmenbedingungen Kernbereiche der jeweiligen sowjetzonalen Entwicklung einander paritätisch gegenüberzustellen, um so einen vergleichenden Zugriff auf die entsprechende Mikroebene zu ermöglichen. Als Kernbereiche wurden die Besatzungsvorbereitung (d. h. die Nachkriegsplanungen der UdSSR sowie Vorbereitung und Ausbildung kommunistischer Kader), die Besatzungsorganisation in Gestalt der Militärverwaltungen und Repressionsapparate, grundlegende besatzungspolitische Maßnahmen (Regierungs- und Verwaltungsaufbau, politisches System und Parteienlandschaft, Entnazifizierung, Wirtschaftspolitik einschließlich der Frage der Reparationen) sowie deren Resultate benannt; zu letzterem Komplex gehören auch die für die bilateralen Beziehungen unweigerlich relevanten Besatzungserfahrungen der einheimischen Bevölkerung und ihre Erinnerung. Damit waren für den komparatistischen Zugang wesentliche Aspekte mit ausreichenden Forschungserfahrungen thematisiert, ohne hinsichtlich der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland oder Österreich insgesamt Vollständigkeit zu intendieren: So blieben beispielsweise die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen oder territoriale Fragen, die Aufrüstung in Ost und Westösterreich/-deutschland oder die national unterschiedlichen Formen der Vergangenheitsbewältigung unberücksichtigt.

Der Abgleich einzelner Themenfelder veranschaulicht unterschiedlich ausgeprägte Ähnlichkeiten, weist auf die Offenheit historischer Entwicklung hin und rückt die Relevanz unterschiedlicher Rahmenbedingungen in den Blick: Angesichts der österreichischen Situation erscheint es daher durchaus angebracht, das Verhältnis „automatischer“ Bolschewisierungsprozesse und bewusster politischer Weichenstellungen auch für die SBZ/DDR genauer auszutariieren.<sup>12</sup> Im Vergleich nationaler Entwicklungen stellt sich so erneut die Frage nach möglichen unterschiedlichen Politikzielen Moskaus sowie nach der Bedeutung lokaler und alliierter (Gegen-)Kräfte und Machtverhältnisse (z. B. Vermeidung eines offenen Konflikts mit den USA) sowie nach der Bedeutung ideologischer Gewissheiten (unaufhaltsamer Vormarsch des Sozialismus als Prozess) und geostrategischer Positionen. Aus dem über die Jahre wechselhaften Zusammenspiel all dieser Faktoren ergaben sich länger- und kurzfristige Pläne und Taktiken, länderbezogene Prioritäten oder tastende Festlegungen in Moskau, das im Resultat durch vergleichsweise bewegliche Lösungswege seine Sicherheit vor Deutschland erreichte – ob diese Sicherheit rein defensiv gedacht war oder im sowjetischen Umkehrschluss die System-Expansion beinhaltete, bleibt eine offene Frage. So lassen sich Moskauer Überlegungen zu einer Teilung, Sowjetisierung oder Neutralisierung Deutschlands und Österreichs nur aus dieser komplexen Gemengelage heraus deuten. Dabei wird die Forschung auch

11 Vgl. den Tagungsbericht von Matthias Piefel/Thomas Widera, Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Dresden, 20.–22. November 2003. In: H-Soz-u-Kult und Jahresbericht 2003 des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, S. 22–25.

12 In Auseinandersetzung mit Naimark, Die Russen, und Foitzik, SMAD.

vor die Aufgabe gestellt, nicht mehr nur das sowjetische Verständnis von „Demokratie“, sondern auch das von „Neutralität“ genauer zu klären.

Vor diesem Hintergrund beleuchten die folgenden Beiträge nicht nur verschiedene Themenfelder sowjetischer Besatzungspolitik. Sie zeigen zudem, dass nur die Beachtung der Offenheit sowie der genauen Schrittfolge einzelner sowjetischer Maßnahmen deren Flexibilität und Vielschichtigkeit erfassen kann sowie der Interdependenz genuin sowjetischer mit lokalen und extrazonalen Einflüssen und Entscheidungen gerecht wird. Aufgrund der diffusen Quellenlage wird es dabei auch in Zukunft alternative Interpretationsvorschläge zu Kernfragen sowjetischer Politik geben; auch dies ist im vorliegenden Band dokumentiert.

### III.

Im ersten Panel analysieren Aleksej Filitov, Manfred Mugrauer und Jörg Morré die „Sowjetische Politik im 2. Weltkrieg“. Filitov thematisiert die sowjetischen Deutschlandplanungen ab 1941, wobei er zwischen den in den sowjetischen Fachkreisen erarbeiteten Vorschlägen und den Vorstellungen der sowjetischen Führung, insbesondere Stalins, differenziert. Letztlich – so seine These – oblag es Stalin persönlich, wichtige Entscheidungen zu treffen und auch die Planungen von deutsch-kommunistischer Seite seinem Kalkül unterzuordnen. Teilung oder Sowjetisierung stellten in Bezug auf Deutschland (SBZ) laut Filitov nur zwei mögliche Alternativen dar, eine andere hätte in der Neutralisierung ganz Deutschlands bestanden. Mugrauer vermag hingegen zu verdeutlichen, dass die sowjetischen Planungen in Bezug auf Österreich einer Zielsetzung untergeordnet waren: der Wiederherstellung der österreichischen Souveränität. Die unterschiedlichen sowjetischen Ziele mit Blick auf Deutschland und Österreich können Mugrauer und Morré mit einer Analyse der kommunistischen Planungen im Moskauer Exil unterfüttern: Während die exilierte Spitze der KPD ab 1944 konkrete Überlegungen für den gesellschaftlichen Neubeginn anstellte und eine aktive Kadenschulung in die Wege leitete, um später deutsche Schlüsselstellungen übernehmen zu können, blieben KPÖ-Vertreter Einzelkämpfer und weitestgehend auf sich allein gestellt. Immerhin vermochten sie eigene Volksfrontkonzeptionen zu entwerfen, die – wie für die deutsche Seite – das Instrument eines Antifa-Block (hier: „Österreichische Freiheitsfront“) und zudem die Beteiligung an einer provisorischen Nationalregierung vorsah. Auch wenn Morré eine direkte Kontinuität zwischen den Moskauer Planungen der KPD und ihren ersten konkreten deutschen Einsätzen in Frage stellt (er spricht lediglich von „kommunalen Aufgaben“), so betrachtet er ihre Überlegungen doch als Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik, die keine adäquate österreichische Entsprechung fand.

Im zweiten Panel erörtern Jan Foitzik, Wolfgang Mueller, Andreas Hilger sowie Harald Knoll und Barbara Stelzl-Marx mit Militärverwaltungen und Re-



pressionsorganen Institutionen der „Besatzungsmacht UdSSR“. Foitzik geht in seinem Beitrag auf die Organisation der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ ein, wobei er neben der Führungsebene (SMAD) mit ihren verschiedenen Gremien und Persönlichkeiten auch die Fachabteilungen und nachgeordneten Einrichtungen skizziert. Besonderen Wert legt er jedoch auf die horizontale und vertikale Funktionsstruktur der Besatzungsverwaltung. Sie biete – so Foitzik – ein „hochgradig fragmentiertes Bild“, das von Elementen intendierter „Kryptopolitik“ und innerorganisatorisch erzeugter „kompetenzieller Diffusion“ geprägt gewesen sei. Nach seiner Auffassung deuten vor allem die organisationsstrukturellen Elemente darauf hin, dass die SBZ von Anfang an nach „sowjetischen Arbeitsmethoden“ verwaltet werden sollte, die nach 1947 zugunsten einer stärkeren Beteiligung der SED als „Geschäftsträger und Juniorpartner“ „zurückgebaut“ wurden. Ein durchaus anderes Bild skizziert Wolfgang Mueller mit der Darstellung des sowjetischen Besatzungsapparates in Ostösterreich, der SČSK, die der SMAD nur in ihrer Grobstruktur glich. Anders als die SMAD war die SČSK keine „Militäradministration“ mit mehreren zehntausend Mitarbeitern, sondern der „sowjetische Teil der Alliierten Kommission für Österreich“, der nur ca. 1 000 Mitarbeiter umfasste. Damit stand der SČSKA trotz ähnlicher Struktur der Fachabteilungen weitaus weniger Personal zur Verfügung.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch für die verschiedenen Repressionsapparate anstellen. So waren sowjetische Militärtribunale (SMT) in beiden sowjetischen Besatzungszonen präsent und aktiv. Dennoch erscheinen die Unterschiede bei den Opferzahlen und Opferkategorien signifikant: Während Andreas Hilger für die deutsche Seite den allumfassenden sowjetischen Verfolgungscharakter mit ca. 35 000 Zivilverurteilten konstatiert – zusätzlich zu Zehntausenden von Internierten und Deportierten –, setzen Harald Knoll und Barbara Stelzl-Marx für die österreichische Seite die Zahl der von sowjetischen Organen Verhafteten insgesamt mit ca. 2 200 deutlich niedriger an; hier wurden rund 1 000 Personen von SMT verurteilt. In den Opferzahlen schlug sich somit die klare Politisierung der Justiz direkt nieder. Sie führte in Ostdeutschland zu einer umfangreichen Verfolgung von Oppositionellen und Widerständlern, während in Österreich die juristische Abfederung politischer Prozesse einen geringeren Stellenwert einnahm. In beiden Zonen kamen schließlich auch legitime Interessen der Besatzungsmacht – die Ahndung von NS-Verbrechen und der Schutz der Besatzungstruppen – zum Tragen, die indes im Einzelfall auch wieder zu Zwecken der Politik instrumentalisiert werden konnten.

Im umfangreichen dritten Panel werden markante Felder der sowjetischen „Besatzungspolitik“ beleuchtet. In puncto Entnazifizierung konstatieren Clemens Vollnhals und Klaus-Dieter Mulley wiederum Ähnlichkeiten und Unterschiede im Umgang mit der beiderseitigen NS-Vergangenheit. Vollnhals beschreibt dieses Kapitel für die SBZ als eine Geschichte der Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung, bei der sich auf Seiten der Besatzungsmacht keine klare Linie erkennen lasse. Im Falle der Internierung seien oft wahllose

Verhaftungen und Arretierungen in so genannten Speziallagern erfolgt, die lediglich dem Zwecke der Isolierung, nicht aber dem der individuellen Schuldklärung dienten. Nur ein Bruchteil der über 120 000 Lagerinsassen wurde tatsächlich verurteilt. Jedoch starben mehr als 40 000 von ihnen aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen, die für ein stalinistisches Lager fast schon typisch waren. Die Entnazifizierung in den staatlichen Verwaltungen betrieben Besatzungsmacht und Kommunisten wiederum mit größerer Energie als in den Westzonen Deutschlands: In der SBZ verloren Hunderttausende ehemaliger NSDAP-Mitglieder ihre Stellungen. Diese Säuberungen nutzten allerdings von Anfang an SMAD und KPD zur Protegierung der kommunistischen Kader, um den Staatsapparat in die Hand zu bekommen. Darüber hinaus erstreckte die Besatzungsmacht die Entnazifizierung auch auf Teile der Wirtschaft, um Betriebe von „Kriegsverbrechern“ zu enteignen und so eine Basis für den künftigen Staatswirtschaftskomplex zu schaffen. Die Strafverfolgung sowjetischer (SMT) und ostdeutscher Sondergerichte (201er Spruchkammern) traf zwar Tausende NS-Verbrecher, blieb aber aufgrund der hier geübten Praxis meist unter rechtsstaatlichem Niveau.

Ein solch politisch-ideologisches Kalkül lässt sich im Falle Österreichs nicht ohne Weiteres feststellen. Wie Mulley zeigt, verzichtete hier die sowjetische Besatzungsmacht auf das Instrument der massenhaften Internierung und selbst die Säuberung der Verwaltungen wurde nur punktuell im kommunistischen Sinne exekutiert. Die Sowjets nahmen zwar – wie in der SBZ – Verhaftungen vor, doch überließen sie den Entnazifizierungsprozess der österreichischen Gesellschaft. Die Regierung Renner wie ihre gewählten Nachfolgerkabinette verabschiedeten noch 1945 das Verbots- und das Kriegsverbrechergesetz sowie auf Druck der Alliierten 1947 das Nationalsozialistengesetz, die sich freilich allesamt als äußerst bürokratisch erwiesen. Eine Registrierung aller Nationalsozialisten verbunden mit einer „Sühnefolge als Regel und individuelle Nachsicht als Ausnahme“ scheiterte u. a. an der Fülle von Gnadengesuchen. Von über 136 000 Anklagen wegen Kriegsverbrechen gelangten nur knapp 14 000 zur Verurteilung. Wie in der SBZ wurde auch in Ostösterreich seit 1948 eine umfassende Amnestie in die Wege geleitet.

Mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten sind auch auf dem ebenfalls zentralen Feld der politischen Parteien sowie des Regierungs- und Verwaltungsaufbaues zu erkennen. Wie bereits anhand der Exilplanungen und Kaderschulungen der KPD ersichtlich, spielte sie bei der Etablierung eines neuen politischen Systems die entscheidende Rolle. Mike Schmeitzner zeigt in seinem Beitrag, wie die KPD von Beginn an institutionell (Antifa-Block der Parteien) und administrativ (staatliche Verwaltungen) als verlängerter Arm der Besatzungsmacht fungierte und das Parteiensystem als Ganzes dominierte. Diese Art der „simulierten Demokratie“ erhielt mit der Einverleibung der SPD im Frühjahr 1946 und der Durchsetzung manipulierter Listenwahlen nur wenige Monate später erste offene diktatorische Facetten. Dass eine solche Verschärfung auch und gerade auf die frühen österreichischen Nationalratswahlen mit dem für die KPÖ ver-

nichtenden Ergebnis zurückzuführen ist, darin sind sich sowohl Schmeitzner als auch Mueller einig. Neben diesen sichtbaren Interdependenzen verweisen beide Historiker aber auch auf den unterschiedlichen Grad der sowjetischen Einflussnahmen, der ebenfalls von Beginn an zu Tage trat: In beiden Sowjetzonen versuchte die kommunistische Partei, die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien in semi-demokratische Institutionen einzubinden und damit zu domestizieren, doch nur in der SBZ konnte sich dabei die KPD vollständig auf die Unterstützung der Besatzungsmacht verlassen. Rückschlüsse auf die Politiziele Moskaus erlaubt auch der Umstand, dass die KPD/SED nach den für sie enttäuschenden Wahlen von 1946 den Weg einer offenen Diktatur beschritt, der bereits 1950 mit der Durchsetzung von Einheitslistenwahlen und der Gleichschaltung aller anderen Parteien endete. In Österreich hatte es hingegen die Besatzungsmacht zu keinem Zeitpunkt unternommen, mit offen terroristischen Methoden den Wahlausgang von 1945 rückgängig zu machen oder SPÖ und ÖVP gleichzuschalten.

Entlang dieser machtpolitischen Linien erfolgte auch der Regierungs- und Verwaltungsaufbau in beiden Sowjetzonen, den Nikita Petrov für die deutsche und Gerhard Jagschitz für die österreichische Seite beleuchten. Petrovs Befund, dass SMAD und KPD seit Sommer 1945 zielstrebig sämtliche staatliche Schlüsselpositionen in die Hände deutscher Kommunisten legten, findet für Österreich nur punktuell Entsprechung. Die wesentlich schwächere KPÖ war hier nicht in der Lage, ausreichend Kader zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen, sie wurde in ihrem Bestreben aber auch nicht annähernd so massiv unterstützt wie die KPD in der SBZ. Umgekehrt nutzten SPÖ und ÖVP in Österreich ihren größeren Handlungsspielraum und die frühe Existenz der gemeinsam getragenen Nationalregierung, um den Einfluss der KPÖ gering zu halten. Vor diesem Hintergrund betont Jagschitz, dass beide großen österreichischen Parteien frühzeitig ein Proporzsystem in den staatlichen Verwaltungen geschaffen und somit spontane demokratische Basisansätze abgebrochen hätten. Entgegen dieser Entwicklung erscheint die Gründung der DDR im Herbst 1949 nur als der Schlusspunkt einer erfolgreichen und sowjetgestützten (Kader-)Politik der KPD/SED.

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik lässt der unterschiedlich stark ausgeprägte Grad der sowjetischen Einflussnahme ebenso eine differente Intensität der Umwälzungen erkennen, wie Burghard Ciesla für die SBZ und Otto Klambauer für die österreichische Sowjetzone belegen können. Eine erste Stufe staatswirtschaftlicher Zentralisierung, nämlich die direkte und indirekte Ausbeutung und Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen zugunsten Moskaus, war dabei in beiden Zonen zu beobachten: Die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG/USIA), obzwar aus unterschiedlichen Eigentumsvoraussetzungen entstanden, hatten neben den „üblichen“ Demontagen und Entnahmen aus der in einheimischen Händen verbliebenen Produktion in beiden Zonen die sowjetischen Reparationskosten abzudecken. Während in Ostösterreich dieses USIA-Erbe im Zuge des Staatsvertrages vielfach als Staatswirtschaftssegment fortge-

führt wurde, hatte sich in der SBZ neben den SAG längst ein stetig wachsender Staatswirtschaftskomplex entwickelt, der die Privatwirtschaft immer mehr verdrängte. Schon im Frühjahr 1948 führten SMAD und SED auf dieser Grundlage das System der Planwirtschaft ein, dessen Ordnungs- und Lenkungsgedanken zwar damals weit verbreitet waren und auch in SPD und CDU Anhänger besaß, sich in der SBZ aber allein auf das sowjetische Vorbild bezog.

Im abschließenden vierten Panel beschäftigten sich Rainer Behring und Barbara Stelz-Marx sowie Jochen Laufer und Rolf Steininger mit den „Ergebnissen sowjetischer Besatzungspolitik“. In einem ersten Teil beschreiben Behring und Stelz-Marx die „Besatzungserfahrungen“, die die deutsche und österreichische Bevölkerung in ihren Sowjetzonen nach 1945 machte. Beide Historiker heben dabei hervor, dass es für eine wirklich repräsentative Analyse zu wenige authentische Quellen gebe, was zumindest für die SBZ ein Ergebnis der dort stattgefundenen „Beschweigungspflicht“ gewesen sei. Aus diesem Grund müsse man sich auf eher zufällige Zeugnisse (Behring) oder nachträgliche Aussagen von Zeitzeugen (Stelz-Marx) stützen. Raub und Plünderungen – so beide Autoren – gehörten ebenso wie willkürliche physische Gewalt sowie Vergewaltigungsexzesse zu den Erfahrungen, die Deutsche wie Österreicher machen mussten. Dabei werden in den Erinnerungen auch – vereinzeltere – positive Erfahrungen, die sich häufig am Topos des kinderlieben oder hilfsbereiten Russen festmachen, nicht unterschlagen. Für die SBZ kam allerdings von Anfang an noch eine weitere Erfahrung hinzu, die bis 1989 den Alltag durchzog: die Unterbindung jeder öffentlichen Debatte über negative Besatzungserfahrungen oder über die Durchsetzung einer neuen, diesmal kommunistischen Diktatur. Am Beispiel der ostdeutschen Industriestadt Chemnitz vermag Behring die frühe Spaltung in eine öffentlich und eine privat geäußerte Meinung eindrucksvoll zu belegen.

Laufer und Steininger erörtern abschließend die sowjetische Friedensvertragspolitik gegenüber Deutschland und Österreich. Laufer entwickelt in diesem Zusammenhang und auf der Basis eigener Forschungen im Moskauer Archiv für auswärtige Politik die These, dass Stalin seit 1942 die Teilung Deutschlands als oberste Prämisse verfolgte. Durch die Zoneneinteilung habe sich der sowjetische Diktator die vollständige Verfügungsgewalt über das „eigene“ Territorium verschafft und sich darüber hinaus ein Mitspracherecht in gesamtdeutschen Angelegenheiten gesichert. Eine sowjetische Politik, die sich auf eine gesamtdeutsche Lösung kapriziert hätte, habe es nie gegeben, nur unterschiedlich intensive Propagandaschritte. Bei der Analyse des Weges zur Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 kommt Steininger zu partiell abweichenden Ergebnissen: Seiner Auffassung nach sei die „Österreich-Frage“ in den zehn Jahren zuvor sehr eng mit der „Deutschland-Frage“ verknüpft gewesen. Moskau habe das Alpenland als eine Trumpfkarte behandelt, die es erst im Zuge einer Lösung der deutschen Frage ausspielen wollte. So war es nur folgerichtig, dass die sowjetische Führung erst dann den Weg zur Aufgabe ihrer österreichischen Besatzungszone einschlug, als sie die deutsche Spaltung als zementiert

betrachtete und mit dem Angebot einer Neutralisierung Österreichs dessen Blockunabhängigkeit durchsetzen konnte. Auf das mit dem Staatsvertrag unterbreitete Angebot einer Regelung der deutschen Frage auf neutraler Grundlage habe Adenauer wegen der von ihm favorisierten Westbindung der Bundesrepublik nicht eingehen wollen, obwohl es selbst in der CDU/CSU unterschiedliche Stimmen dazu gab.

Auf diese Weise gelingt den Autoren im Verbund eine Bestandsaufnahme sowjetischer Besatzungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Verflechtungen der multiplen Wirkungskräfte wie der unterschiedlichen Ereignisorte greifbar macht. Damit ist das Rätsel um letzte Ziele und Motive Stalins nicht gelöst<sup>13</sup> – der komparative Zugang zur sowjetischen Politik in Europa erweist sich aber als Ansatz, der die relevanten Einflussfaktoren in ihrer Gesamtheit sowie ihrer gegenseitigen Abhängigkeit erfassen und gewichten kann.

#### IV.

Abschließend einige Bemerkungen technischer und organisatorischer Art: Die Schreibweise russischer Namen und Benennungen folgt – wie schon zuvor in den SMT-Bänden – der wissenschaftlichen Transliteration. Für einige Begriffe verwenden die Autoren der Beiträge – wie auch in der Literatur üblich – leicht differierende Abkürzungen oder Schreibweisen (OSO bzw. OSSO, Ukaz bzw. Ukas). Ursprünglich war die Veröffentlichung des Bandes für die Jahreswende 2004/05 vorgesehen, um angesichts der 2005 anstehenden Jubiläen in Deutschland und Österreich die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion befruchten zu können. Dass der Sammelband erst jetzt, fast drei Jahre nach der Konferenz erscheint, hat mehrere Gründe: Zuerst ist auf das säumige Verhalten einzelner Kollegen hinzuweisen, deren Beiträge für das paritätische Prinzip des Bandes als unverzichtbar erschienen. Zum anderen ließ die langwierige schwere Krankheit eines Autors die Arbeiten vorübergehend ruhen.

Letztendlich freuen wir uns, uns für vielfältige Unterstützung bedanken zu können: An erster Stelle bei der Berliner Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die finanzielle Förderung der zugrunde liegenden Tagung, und hier insbesondere Herrn Dr. Ullrich Mählert; Herrn Dr. Wolfgang Mueller von der

- 13 Der Streit um die Interpretation sowjetischer Quellen in Bezug auf die Behandlung Österreichs nach 1945 hält unvermindert an. Während Grazer Historiker um Stefan Karner Hinweise auf Sowjetisierungsabsichten Moskaus als „Ausdruck einer Wunschvorstellung“ abtun und keine relevanten Sowjetisierungsschritte feststellen können, kommt der Wiener Historiker Wolfgang Mueller zu einem anderen Ergebnis: Moskau habe durchaus beabsichtigt, Österreich zu sowjetisieren und gemeinsam mit der KPÖ entsprechende Schritte zu unternehmen; diese seien jedoch u. a. an der Abwehrhaltung der SPÖ und dem kommunistischen Debakel bei den frühen Nationalratswahlen gescheitert. Vgl. neben den bereits in Anm. genannten Bänden Karner/Ruggenthaler, Stalin und Österreich, S. 104, 118 f. und 135; Mueller, Die gescheiterte Volksdemokratie, S. 149, 155 ff., 169 f.

Wiener Akademie der Wissenschaften für die exzellente Unterstützung des Gesamtvorhabens; Herrn Dr. Otto Klambauer, dem Redakteur *Zeitgeschichte* des Wiener „Kurier“, für seine Bereitschaft, nach einer kurzfristigen Absage das Thema Wirtschaftspolitik in Ostösterreich kompetent in einem eigenen Beitrag zu behandeln. Gleiches gilt auch für Herrn Magister Manfred Mugrauer, der einen zusätzlichen Beitrag beisteuerte und so einen Ausfall im thematischen Bereich der KPÖ-Exilkonzeptionen und der sowjetischen Österreichpolitik vor 1945 kompensierte. Schließlich sind wir weiteren Kolleginnen und Kollegen des Hannah-Arendt-Instituts, die uns unterstützt haben, zu Dank verpflichtet: Frau Antje Borrmann und Frau Nicole Kühn für die Mithilfe bei der redaktionellen Bearbeitung der Manuskripte; den Mitarbeiterinnen der Bibliothek für ihre engagierte Literaturbeschaffung und dem Publikationsteam unter der Leitung von Herrn Dipl.-Ing. Walter Heidenreich für die Mühen, den Band zur Druckreife zu bringen. Unser ganz persönlicher Dank gilt jedoch (wie fast immer) Frau Hannelore Georgi, mit deren tatkräftigem Einsatz die Produktion des Bandes befördert worden ist.

Gewidmet ist der Band unserem jungen Kollegen Matthias Piefel M.A., der an der Organisation der Tagung großen Anteil hatte. Er ist wenige Monate nach der Konferenz völlig unerwartet im Alter von nur 25 Jahren verstorben. Wir haben mit ihm einen guten Freund und Kollegen verloren.

Hamburg/Dresden, im September 2006

Die Herausgeber



# I. Sowjetische Politik im Zweiten Weltkrieg





# Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941–1945

*Aleksej Filitov*

Unser heutiges Bild – vielleicht sollte man auch von Bildern sprechen – der sowjetischen Planungen für die Nachkriegszeit, auch in Bezug auf Deutschland, wurde ganz entscheidend durch die Erschließung der bis Anfang der 1990er Jahre geheimgehaltenen und dann freigegebenen Akten aus dem Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVPRF) und dem ehemaligen Parteiarchiv (heute: RGASPI) geprägt. Hierbei handelt es sich vor allem um die Materialien der drei Kommissionen, die im Herbst 1943 beim Volkskommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten (NKID) gebildet wurden, und – in geringerem Maße – um die Gesprächsnotizen und Direktiven, die die Sichtweise der führenden Köpfe der sowjetischen Führung (in erster Linie Stalin und Molotov) widerspiegeln. In einem Aufsatz, der vor kurzem in einem Sammelband meines Instituts erschienen ist, äußert sich Leonid Gibianskij, ein namhafter Kenner der ost- und südeuropäischen Geschichte der Nachkriegszeit, sehr kritisch zum Aussagewert dieser Dokumente und bezweifelt damit auch, ob das daraus entstandene Bild zutreffend sei. Man müsse, so Gibianskij, zwischen zwei Arten der mündlichen und schriftlichen Überlieferungen differenzieren, die Stalin und seine Komplizen hinterließen: Die Erklärungen, die an Vertreter des „gegnerischen“ Lagers adressiert waren, seien als reiner Betrug einzustufen, die wahren Absichten und Ideen finde man vielmehr in jenen Äußerungen, die im Verkehr unter „Freunden“ gefallen sind. Mehr noch: Auch die Tätigkeit der NKID-Gremien sei für die wirkliche sowjetische Planung ohne Belang gewesen. Seiner Meinung nach handele es sich hier um Analysen und „Vorschläge der Diplomaten“, die keineswegs mit den Plänen der Führung identifiziert werden könnten.<sup>1</sup> Das sind ernste Bedenken, die einer gründlichen Analyse bedürfen.

Zum ersten Problemkreis: Sicherlich gehörten Misstrauen und die Praxis der Irreführung zu den Merkmalen, die für Stalin und seine Umgebung typisch und charakteristisch waren. Aber in dieser Hinsicht ist es sehr schwer, einen qualitativen Unterschied im Verhalten gegenüber dem „Gegner“ bzw. „Freunden“ zu finden. Man kann z. B. darüber streiten, ob die verbale Unterstützung der

1 Leonid Gibianskij, Problemy Vostočnoj Evropy i načala formirovanija sovet'skogo bloka. In: Cholodnaja vojna 1945–1963gg. Istoričeskaja retrospektiva. Verantw. Red.: N. I. Egorova und A. O. Čubar'jan, Moskau 2003, S. 105–136, hier 122–124.

Zerstückelungs- und Teilungspläne Deutschlands die wahren Absichten der Sowjetführer widerspiegelte, ob sie einem unzeitgemäßen Konflikt in der Anti-Hitler-Koalition vorbeugen oder der Desinformation der Westmächte dienen sollte. Tatsache ist, dass man von sowjetischer Seite diese Erwägungen erstmals nicht nur an den britischen Außenminister Eden, sondern auch an die britischen Kommunisten (sogar mit einem zeitlichen Vorsprung) adressierte.

Ich beziehe mich hier auf den merkwürdigen Telegrammaustausch zwischen dem sowjetischen Botschafter in London, Ivan Majskij und Molotov, dem Leiter des NKID, von November 1941. Am 14. November informierte Majskij Molotov über die Bitte der Führung der britischen kommunistischen Partei, eine Bemerkung Stalins zu kommentieren, in der der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich dem Sinne nach als „Wiedervereinigung“ interpretiert worden war. Am 21. November übermittelte Molotov mit Berufung auf Stalin selbst folgenden „Kommentar“ an Majskij:

„Der Anschluss Österreichs, das hauptsächlich von Deutschen besiedelt ist, an Deutschland passt in das Bild des deutschen Nationalismus, was jedoch keineswegs bedeutet, dass Gen. Stalin für diesen Anschluss ist, denn Gen. Stalin hält den deutschen Nationalismus weder für richtig noch für annehmbar. Stalin wollte hier ausdrücken, dass selbst vom Standpunkt des deutschen Nationalismus die gegenwärtige Eroberungspolitik der Hitlerschergen als verhängnisvoll für Deutschland betrachtet werden muss, dass die Partei der Nationalsozialisten eine grobschlächtig imperialistische und nicht nationalistische ist. Damit wollte Stalin Verwirrung in den Reihen der Hitleranhänger stiften und Unstimmigkeiten zwischen der Hitlerregierung und den nationalistisch eingestellten Schichten des deutschen Volks bewirken. Was den Standpunkt des Gen. Stalin zu Österreich, dem Rheinland u. ä. anbelangt, so denkt Stalin, dass Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden müsse und Deutschland selbst, darunter auch Preußen, in eine Reihe mehr oder minder selbständiger Staaten zerschlagen werden müsse, um eine künftige Garantie für Frieden und Ruhe der europäischen Staaten zu schaffen.“<sup>2</sup>

Die britischen „Freunde“ erhielten diese Erläuterung nicht in vollem Umfang. Majskij befürchtete nämlich, dass die britischen Kommunisten sie in öffentlichen Verlautbarungen benutzen könnten, was dann von der Nazi-Propaganda ausgeschlachtet werden würde. Die britischen „Klassenfeinde“ hingegen wurden offensichtlich für vertrauenswürdiger gehalten. Im Dezember 1941 trugen Stalin und Molotov Außenminister Eden diese Idee in einer sehr ausführlichen und prägnanten Form vor. Bekanntlich wurde aus diesem Programm nur ein Punkt realisiert: Österreich wurde wieder ein unabhängiger Staat, Preußen jedoch nicht aufgeteilt, sondern aufgelöst. Deutschland sollte als einheitliches Ganzes erhalten bleiben, aber als Folge des beginnenden Kalten Krieges entstanden dann zwei deutsche Staaten. Vieles spricht dafür, dass diese Perspektive während des Krieges nie ins Auge gefasst wurde. Dasselbe gilt auch für die Zerstückelungsidee.

2 Jochen Laufer/Georgij Kynin (Hg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Band 1, Berlin 2004, S. 12 f.

Was oft unerwähnt bleibt, ist die Tatsache, dass sowohl Stalin als auch Molotov davon zumindest einmal, im Februar 1943, ganz klar Abstand nahmen.<sup>3</sup> Warum man wieder darauf zukam – etwas verklausuliert in Teheran, mehr prononciert in Jalta –, um dann eine abrupte Wende in April 1945 zu machen, bleibt ein Rätsel. Aber gerade diese Zickzack-Manöver legen den Schluss nahe, dass die Befürwortung der Zerstückelung rein taktischer Natur war. Dass es sich dabei um eine sehr ungeschickte und kontraproduktive Taktik handelte, steht dahin.

Was die strategischen Erwägungen der Sowjetführung anbetrifft, polemisiert Gibianskij mit der These des amerikanischen Historikers Melvyn Leffler, der die Widersprüchlichkeit der Aussagen Stalins festgestellt und daraus die Schlussfolgerung gezogen hat, dass Stalin im Krieg, auch in dessen letzten Phase, „kein bestimmtes Ziel hinsichtlich der zukünftigen Sozialordnung in Osteuropa“ besessen habe. Seine wahren Absichten habe Stalin nicht im Gespräch mit Stanislaw Mikolajčik zum Ausdruck gebracht (das kommunistische System passe nicht für Polen; es gibt übrigens die andere, stärker bildliche und für unser Thema relevantere Version von Stalins Aussage: „Der Kommunismus passt für die Deutschen wie ein Sattel für die Kuh“), sondern seinem damaligen „engsten kommunistischen Verbündeten“ Tito enthüllt, „dem gegenüber der Herr des Kremls offener hinsichtlich der Bestrebungen zur Sowjetisierung Osteuropas sein durfte“. Gemeint sind wohl die vielzitierten Sätze aus den Memoiren von Milovan Djilas: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“<sup>4</sup>

Interessanterweise räumt Gibianskij die Notwendigkeit, die Aussagen Djilas' „kritisch“ wahrzunehmen, ein, und auch das Modalverb „durfte“ mildert etwas die These über die „Offenherzigkeit“, die Stalin Tito entgegengebracht habe. Andererseits findet er ihren Quellenwert durch Dimitrovs Tagebuchnotizen bestätigt, in denen Stalins Prognose vom 23. Januar 1945 überliefert ist, wonach in 10 bis 20 Jahren eine kriegerische Auseinandersetzung des „slawischen Blocks“ mit Deutschland, das „in dieser Zeit eine Wiedergeburt als mächtiger Staat“ erlebt habe, und dem „Kapitalismus im Allgemeinen“ zu erwarten sei. Die „Bestätigung“ ist aber keineswegs vollständig. Denn sinngemäß scheidet Deutschland aus dem Geltungsbereich der Djilas-Formel aus: Es wird nicht als ein Objekt der „Sowjetisierung“, sondern als ein Feind, der die „Sowjetisierung“ der osteuropäischen Länder rechtfertigen soll, eingestuft. Es kann sein, dass Dimitrov die Worte Stalins präziser wiedergibt (wie es mein Kollege meint), aber hat er damit auch seine wahren Intentionen klar und eindeutig aus-

3 Leider sind die Abschriften der entsprechenden Gespräche des britischen Botschafters Clark Kerr mit Molotov und Stalin am 20. und 24.2.1943 in der Edition von Laufer und Kynin nicht enthalten.

4 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt a. M. 1962, S. 146.

gedrückt? Das „dürfte so sein“, meint Gibianskij, der wieder zu einer Modalform greift und keine weiteren Belege anführt.<sup>5</sup>

Wenn man sich andererseits den Memoiren Chruščëvs zuwendet, so liegt der Schluss nahe, dass Stalin sich in seinen Deutschlandplänen keineswegs auf das Gebiet beschränkte, in das „seine Armee vordringen“ konnte: Er wollte ganz Deutschland kommunistisch machen. Das wird von Chruščëv kategorisch ohne Wenn und Aber behauptet, aber ohne jegliche konkreten Angaben. Vieles spricht dafür, dass diese Passage uns mehr von der Mentalität und der Geisteswelt Chruščëvs, noch dazu im hohen Alter, verrät als von jener Stalins in der Kriegszeit.<sup>6</sup>

Um das „Signal“ von dem „Lärm“ der öffentlichen und vertraulichen Verlautbarungen Stalins (das gilt übrigens gleichermaßen für Staatsmänner und Politiker aller Länder und Systeme) zu separieren, muss man auch die anderen Quellen heranziehen und sie in ihrer Gesamtheit, was Gibianskij ganz korrekt bemerkt, erfassen.

Hier kommen wir zu dem Problem des deutschen „Inputs“ für die sowjetischen Planungsarbeiten. Vor allem geht es um die Tätigkeit der kommunistischen Emigration in der Sowjetunion, die sich bis 1943 im Rahmen der Komintern und dann unter der Ägide der „Abteilung Internationale Information“ (OMI) des ZK der VKP(b) entfaltete. Es gibt verschiedene Auffassungen über die Absichten und Ziele der deutschen Kommunisten sowie über die Beziehungsmuster, die das Verhältnis zur sowjetischen Führung geprägt haben. Da dieses Thema an anderer Stelle ausführlich erörtert wird,<sup>7</sup> möchte ich mich hier auf einige Dokumente beschränken, die im Komintern-Fond des RGASPI überliefert sind. Das erste Dokument ist ein Brief Wilhelm Piecks an einen „Antifaktivisten“ namens Keller vom 13. Januar 1943. Dort schreibt Pieck u. a.:

„Es gibt zwei Wege, dem Krieg ein Ende zu machen: die militärische Niederlage und die Volkserhebung zum Sturze Hitlers. Wir ziehen selbstverständlich den letzten Weg vor, weil damit das deutsche Volk nicht nur den Krieg abkürzt, sondern sich auch wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwirkt und einen gerechten Frieden verschaffen wird. Das ist eine Hauptfrage. Die andere Frage ist: Was soll nach Hitler kommen? Dafür gibt das Friedensmanifest ausreichende Auskunft. Wir wollen also ein demokratisches Deutschland anstelle des Hitlerregimes. Wir erheben die Forderung deswegen, weil nicht nur auf dieser Basis die breite Kampffront geschaffen werden kann, sondern weil wir einen solchen Zustand brauchen, um den Massen die Möglichkeit zu verschaffen, auf dem Boden der Demokratie ihren Einfluss geltend zu machen und sich politisch zu orientieren. Erst dann werden die Massen entscheiden können, welchen weiteren Weg sie in der Entwicklung des Staates und der Wirtschaft

5 Gibianskij, *Problemy Vostočnoj Evropy*, S. 126.

6 „Angesichts Deutschlands hatten wir keine Zweifel. Wir waren absolut sicher, dass es zum sozialistischen Staat wird. [...] Deshalb ist es natürlich, dass Stalin, nach dem Zusammenbruch Deutschlands, um die Sympathien der Deutschen für sowjetische Politik zu sichern, für das einheitliche Deutschlands aussagte. Er stellte sich vor, dass das einheitliche Deutschland sozialistisch und zum Verbündeten der UdSSR werde.“ Siehe *Voprosy istorii (Fragen der Geschichte)*, 1993, H. 9, S. 91 f.

7 Vgl. den Beitrag von Jörg Morré in diesem Band.

gehen wollen. Wir erheben also keine weitergehenden Forderungen, als sie von den Massen gestellt und verstanden werden. Wir dürfen uns darin nicht beirren lassen, dass solche Stimmen laut werden: jetzt muss der Kommunismus an die Herrschaft kommen, wobei meist noch der Gedanke verbunden wird, dass das mit Hilfe der Roten Armee geschehen muss. Wir müssen sehr real die Lage in Deutschland nach den 10 Jahren Hitlerdiktatur einschätzen und jedenfalls mit unseren Forderungen mit den Füßen auf der Erde bleiben. Wir müssen vor allem Politik machen, d. h. die Massen für bestimmte Forderungen mobilisieren und in den Kampf führen. Ohnedem werden wir nur Agitation machen, ohne unseren Forderungen zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich geben wir damit nicht unsere marxistisch-leninistische Auffassungen preis. Aber das gehört vorläufig in den Bereich der Propaganda, die wir selbstverständlich nicht vernachlässigen dürfen. Auch die Überlegungen über die Möglichkeit der weiteren Entwicklung in dem Verhältnis zwischen der Sowjetunion, England und der USA müssen immer auf die Realität zurückgeführt werden, von der aus dieses Verhältnis angebahnt ist. So lange Hitler nicht vernichtet und damit dem Krieg ein Ende gemacht ist, wird sich in diesem Verhältnis nichts ändern. Wie es sich dann weiter gestalten wird, das wird sehr davon abhängig sein, welche Auswirkungen der Krieg gerade auf die Stimmung der breiten Volksmassen haben wird. Wir sollen solche müßigen Diskussionen, wer wen betrügen wird, möglichst zu unterbinden versuchen. [...] Was die Frage der Schaffung eines Freikorps von Kriegsgefangenen angeht, so denke ich, dass man von der Erörterung dieses Gedankens Abstand nehmen soll. Ich glaube nicht, dass die Frage jemals akut werden wird. Die ‚kämpferischen Antifaschisten‘ unter den Kriegsgefangenen sollen sich in der Hauptsache darauf konzentrieren, selbst etwas zu lernen und andererseits Dich bei der Bearbeitung der anderen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Trotzdem werde ich Deine Meinung, dass vielleicht die Zeit gekommen sei, dass die kämpferische Antifa unter den Kriegsgefangenen sich mit einem Brief an Stalin wenden, noch mit dem einen oder anderen Genossen besprechen.“<sup>8</sup>

Der Brief ist in vielerlei Hinsicht aufschlussreich: So in der Schilderung der Stimmung an der kommunistischen Basis, wo die weit verbreitete Überzeugung „nach Hitler kommen wir“ schon im Voraus, noch auf sowjetischem Territorium, auf die Schaffung entsprechender Machtstrukturen abzielte und gleichzeitig den Bruch der Anti-Hitler-Koalition prognostizierte. Festzuhalten bleibt aber die Tatsache, dass zu dieser Zeit solche Vorstellungen von der KPD-Führung entschieden verworfen wurden. Die letzte Zeile des zitierten Schreibens könnte m. E. als ein Indiz für den beginnenden Prozess, der später zur Bildung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ führte, interpretiert werden. Tatsächlich erfolgte die entsprechende Initiative nicht in der Form eines „Briefes an Stalin“, sondern offensichtlich durch die weniger spektakuläre und bislang noch nicht genau ermittelte Tuchfühlung zwischen dem „Antifa-Aktiv“ und sowjetischen Organen; wichtig ist jedoch, dass es die ersten Ansätze dazu schon Anfang 1943 gab.

Das zweite Dokument, das es hier zu besprechen gilt, ist ein Bericht, den Pieck am 20. Juni 1944 an Dimitrov, den Leiter der Abteilung OMI (und früheren Leiter der Komintern) weiterleitete. Es handelt sich um den „Bericht von Politinstrukteur Willi Herr aus dem Frontdurchgangslager der Kfg N 38 in Odessa“. Er enthält das Eingeständnis, dass die Kampfbereitschaft der Wehr-

8 RGASPI, 495/18/1339a, Bl. 16 f.